

eruben im Rohzucker mit einer überhöhten Förderung von über 7 Millionen Tonnen. An zweiter Stelle stehen die Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer in Leverkusen mit einer Zweifelhals in Elberfeld (rund 12.000 Arbeiter). Die Farben Bayer produziert 21 Prozent der deutschen Farben und angesehene Mengen pharmazeutischer Präparate wie Salvarsan und das neue Mittel gegen die Schlafkrankheit (von dem erst kürzlich ein Auftrag der britischen Regierung in Höhe von 500 Tonnen einging). Auch die beiden zährischen Hilfsbetriebe.

Es folgt die Berliner Aktien-Gesellschaft für Anilinfabrikation mit Filialen in Lichtenberg und Bitterfeld. Dieses Unternehmen beschäftigt insgesamt 10.000 Arbeiter. Auf ihren Anteil entfallen zwar nur 11 Prozent der deutschen Farbenproduktion, dafür steht sie an erster Stelle in der Filmindustrie und in der Fabrikation von Kunstseide. Die Aktien-Gesellschaft für Anilinfabrikation baut angeblich eine neue Fabrik für Kunstseide, für die eine Belegschaft von 3000 Arbeitern in Aussicht genommen ist. Auch diese Gesellschaft verfügt über Hilfsbetriebe und Kohlengruben.

Ein vierter und fünfter Stelle folgen die Höchster Farbwerke mit insgesamt 14.000 Arbeitern und Angestellten und die A.-G. „Christheim Elektrik“. Den Höchster Farbwerken gehört auch die Farbendruck in Kassel und Frankfurt am Main (10.000 Arbeiter). Ihre sämtlichen Fabriken stellen 37 Prozent der in Deutschland produzierten Farben her. Die Aktien-Gesellschaft „Orisheim Elektrik“ umfaßt 20 Betriebe mit zusammen 50.000 Arbeitern und Angestellten, in denen hauptsächlich Drahtwaren und Stäbe hergestellt werden. In der letzten Zeit ist die Orisheim-Elektron-Gesellschaft zur Gewinnung von Rohöl aus Kohle übergegangen.

Die Gewinnung von künstlichem flüssigen Brennstoff, der das Naphta für die Explosivmotoren verdrängen soll, soll das Hauptprodukt der ebenfalls zum Anilintrust gehörenden Döckeb-Montan A.-G. bilden. Die größten und ergiebigsten Braunkohlengruben in Mitteleuropa besitzt. Die dort geförderte Braunkohle wird in Form von „Koks“ in ein russisches Odele verarbeitet, die Schmelze und Heißöl verwandt werden. Durch die Entwicklung dieses Produktionszweiges betreibt sich Deutschland von der Rohölimporteur zu einer von großer wirtschaftlicher, sondern auch militärischer Bedeutung. Die russische Konkurrenz, die den Schwerpunkt der wirtschaftlichen und militärischen Macht Deutschlands aus der Schmelze in die chemische Industrie verlagert wird. Dies äußerte sich a. darin, daß heute, wie schon erwähnt, der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Duisberg ist, der anstelle des Direktors der Kruppwerke gewählt wurde.

Seit Gründung des Anilintrust sind nur wenige Monate verstrichen, und schon reagiert die Börse mit einer starken Kurssteigerung seiner Aktien. Die sogenannte „Kursnotiz“ der Berliner Börsen-Zeitung ist zum größten Teil durch unerhörte Ausbeute der Arbeiter ermöglicht wurde, veranlaßt die Leitung des Trusts die Erhöhung des Grundkapitals von 60 Millionen auf 1,1 Milliarden Mark anzuregen, die auf keine Schwierigkeiten stößt. Der Anilintrust zahlt Dividenden zu den größten kapitalistischen Konzernern nicht nur im deutschen, sondern im Weltmarkt, er wird nur von der Standard Oil Comp. (Rockefeller) und vom Stahltrust Morgans überbietet. Die Erhöhung des Grundkapitals um fast eine halbe Milliarde Mark soll in erster Linie zum Ausbau der Werke in Oppau und Merseburg (Leutawerke) dienen, die ein neues Düngemittel herstellen (Verbindung von stickstoffhaltigem Phosphat mit Kali). Die ungeheure Produktion in diesen Werken ermöglicht es dem Trust, Dividenden zu zahlen, die den Preis auf dem Markt zu werben und sowohl Chilesalpeter, dessen Ausbeute im Vergleich zum Vorjahre um 70 Prozent gesunken ist, als auch die Fabrikate des Kalisalpeters vom Weltmarkt zu verdrängen. Er bedroht sogar insofern den deutschen Kohlentrust, als dessen wichtigste Einnahmen aus dem Verkauf von Ammoniak stammen, das in den Kokerien als Nebenprodukt gewonnen wird.

Ferner plant der Trust den Bau eines Reserwerkes in Mittel-Deutschland zur Gewinnung künstlichen Rohöls aus Braunkohle. Sollten sich die Erwartungen, die auf die letzte Erfindung gesetzt werden, erfüllen, so wird das auf dem Gebiete der flüssigen Brennstoffe tatsächlich eine Revolution bedeuten. Das diese Erfindung eine ungeheure Bedeutung hat, geht schon aus dem großen Interesse sowohl seitens der Standard Oil als auch der Shell Royal Dutch Co. an den Aktien des Anilintrusts hervor. Sodann beabsichtigt der Anilintrust, der ausgedehnten 90 Prozent der deutschen Rohöle herstellt (rund 70 Millionen Metre), die Firma Felsenberg und Sotom zu lösen und dem Weltmarkt strotzen zu machen. Die gleichen Bestrebungen zehrt der Trust auf dem Gebiete der Kunstseiden- und überhaupt der Kunstgewebefabrikation. Bei Berlin wird bereits eine Fabrik für Kunstseide gebaut, in der später 10.000 Arbeiter beschäftigt werden sollen.

Mitte 1926 bestanden in Deutschland insgesamt 412 chemische Aktiengesellschaften, die zusammen ein Aktienkapital von 1,200 Milliarden Goldmark und ein Reservekaptital von 165 Millionen Mark besaßen. Bringt man die Summe der 900 Millionen Grund- und Reservekaptital des Anilintrusts in Abzug, so entfallen auf den Anteil der verbleibenden 411 Aktiengesellschaften rund 555 Millionen Goldmark Grund- und Reservekaptital. Diese Daten geben uns allerdings keine genaue Vorstellung von dem entscheidenden Einfluß des Anilintrusts in der deutschen chemischen Industrie. Es muß aber gesagt werden, daß zahlreiche Unternehmen, die schwebend selbstständig sind, tatsächlich werden sie nur vom Anilintrust geduldet und warten darauf, von ihm verschluckt oder vertrieben zu werden.

Das mächtigste Wachstum des Anilintrusts ist auf die Ausnutzung zahlreicher technischer Erfindungen, nicht nur in

der Wasserwerktechnik, sondern auch auf Erfindungen neuer Rohstoffe zurückzuführen. Die Monopolstellung des Anilintrust auf dem Innen- und zum Teil auch auf dem Weltmarkt sichert ihm eine beträchtliche Handelsprofitrate, die seine Profitnorm im Vergleich zu den anderen Zweigen der kapitalistischen Wirtschaft erhöht. Dieser Mehrprofit wiederum zieht neues chemisches Warenmarkt ein Zusammenstoß zwischen der deutschen und der nicht weniger rasch wachsenden amerikanischen chemischen Industrie zu erwarten ist, so wird das, abgesehen von den anderen Folgen, auch noch den Verlust des Mehrprofits für den Anilintrust nach sich ziehen.

Bisher haben die deutschen chemischen Arbeiter trotz des scheinbaren Gedeihens des Anilintrusts einen verstärkten Druck auszuhalten, der auf sie in Form einer ungesicherten Ausbeutung der Arbeitskraft ausgeübt wird. Die Ausbeutung erfolgt in der Hauptsache durch Intensivierung der Arbeit und gleichzeitig durch Beseitigung fast aller Arbeiterschutzgarantien. Die Chemiearbeiter, die unmittelbar dem Druck des Anilintrusts ausgesetzt sind, verschließen sich einem Ausweg zu schaffen, indem sie zu einer Konferenz der Betriebsräte aller Unternehmungen des Anilintrusts aufrufen. Da diese Konferenz eine gewerkschaftliche Basis haben sollte, so war sie von vornherein als gescheitert zu betrachten. Die Gewerkschaften haben auch gleich Konferenzen verboten, die als „Verträge“ betrachtet. Die Zusammenfassung aller Arbeiter des Trusts, ein Schritt vorwärts in dieser Beziehung, kann nur stattfinden auf dem Wege der Betriebsorganisation der Allgemeinen Arbeiter-Union. Doch wird es hoffentlich nicht allzu lange dauern, bis dieser Erkenntnis sich bei den Chemie-Arbeitern durchsetzen wird.

### Zur Frage der „roten“ Verbände (Fortsetzung)

Die Wesensverwandtschaft der „roten“ Gewerkschaften mit den Amsterdamer Orschformationen kommt klar zum Ausdruck auch in ihrer Organisationsform, die natürlich ganz ihrer von unbeschriebener schwebelöcherer Politik angepaßt ist. Wie die Existenz der alten Gewerkschaften mit der, die proletarische Arbeiter und Angestellten, beruflichen Glieder, lebensunvermeidlich verküpfelt ist, so sind die sogenannten „selbstständigen“ Verbände ebenfalls noch mit allen Fasern ihres gesellschaftlichen Seins an die heute überholte Berufslehre gekettet. Ein lehrreiches Beispiel dafür bietet wiederum der „Deutsche Industrie-Verband“. Um in der proletarischen Öffentlichkeit als eine Bewegung darzustellen, die gegenüber dem organisatorischen Aufbau der Berufsgewerkschaften einen Fortschritt verkörpert, nennt sich bekanntlich der DIV, stolz „Einheitsorganisation aller Arbeiter und Angestellten“. Um nun in dieser Hinsicht jeden Zweifel zu zerstören, hat die letzte Beiratskonferenz des DIV, „mit Bedauern festgestellt, daß es in der revolutionären (?) Gewerkschaftsbewegung immer noch Gruppen gibt, die an der Form der beruflichen Zusammenfassung festhalten, weil besonders ihre Führer nicht begreifen wollen, daß heute nicht mehr die Berufsinteressen, sondern die Interessen der gesamten proletarischen Klasse den Angelpunkt auch für die wirtschaftliche Organisation und ihre Kämpfe bilden.“ Diese Erklärung des DIV, ist gerichtet gegen die übrigen „revolutionären“ Gewerkschaften der Schumacher, Kaiser und Schmidke, die angeblich mit „der Umbenennung von Berufsverbänden in Industrieverbände eine Vorsepiegelung falscher Tatsachen und Irreführung der Mitglieder“ betreiben. Die wirklich „revolutionäre Einheitsorganisation“ ist nur der „Deutsche Industrie-Verband“ und selbst jene „immer noch auf dem Boden der Berufsorganisation verharrenden“ „selbstständigen“ Verbände für das Bauwerk, Bekleidungs- und Textilgewerbe usw., ritt Paul Weyer warnt aus.

Die rauhe Praxis zeigt jedoch, daß der DIV, nur dem Namen nach eine „Einheitsorganisation“ ist. Denn auch die kurzfristige Tarifpolitik — die in ihrem Inhalt eben nicht mit der proletarischen Klassenpolitik identisch ist — zwingt den DIV, kategorisch, dem gewerkschaftlichen Prinzip der Berufsgliederung in irgendeiner Form Rechnung zu tragen. Eine Tarifpolitik, d. h. die Vertretung von Berufsinteressen, kann nämlich nicht geführt werden von einer Organisation, welche die Interessen der gesamten proletarischen Klasse zum Angelpunkt ihrer Politik macht. Ondernfalls wären auch die Amsterdamer Gewerkschaften noch zu Trägern der proletarischen Klassenbefreiung berufen und müßten also in der Tat revolutioniert werden können. Weil aber die Durchführung der sozialen Revolution eine ausgesprochene proletarische Klassenpolitik und eine dementsprechende Konzentration der Arbeiterschaft gebietet, erfordert, deshalb stehen jegliche Tarifpolitik (ob langfristige oder kurzfristige) und die entsprechenden Formen der Zusammenfassung der Proletarier nicht im Einklang mit den Notwendigkeiten des revolutionären Klassenkampfes der Gegenwart — und deshalb kann auch der an der Tarifpolitik festhaltende DIV nicht die proletarische Organisationsform der kapitalistischen Niedrigerepoche verkörpern.

Das dem so ist, beweist der organisatorische Aufbau des „Deutschen Industrie-Verbandes“. Sein Prinzip der „Einheitsorganisation“ entspringt sich in der Praxis ein Grundsatz gewerkschaftlicher Organisationsformalität, d. h. ebenfalls als „eine Vorsepiegelung falscher Tatsachen und Irreführung der Mitglieder“. Um sich nämlich „an das bestehende Kräfteverhältnis“ — d. h. an die Zersplitterung des Proletariats durch die alten Gewerkschaften — „noch anzulehnen“, ist der

\*) Siehe auch Nr. 95 und 96 der „KAZ“.

DIV in Berufsgruppen eingeteilt. Bis jetzt bestehen neun Sektionen (Bergbau, Metall, Holz, Chemie, Bau, Textil usw.), in welche die DIV-Mitglieder je nach Beruf eingeteilt werden. Daß die Weyersche „Einheitsorganisation“ statutenmäßig erst in neun Teile zerfällt, liegt daran, weil sie noch nicht alle Schichten des Proletariats umfaßt. Die Anerkennung der Notwendigkeit der beruflichen Gliederung der Arbeiterklasse ist jedoch der Punkt, welcher der Organisationsform des DIV, den Stempel ausdrückt. Einmal die reformistische Form der Berufsgliederung zum Prinzip erhoben, wird muß die Zahl der Berufssektionen des DIV, in dem Maße wachsen, wie er in den Arbeitermassen an Einfluß gewinnt. Denn die Mitglieder jeder neu hinzukommenden Berufsgruppe haben denselben Anspruch auf Schaffung einer eigenen Sektion, wie die bereits vorhandenen Berufssektionen. Und die Sektionspolitik des DIV, haben faktisch gar kein Argument in der Hand, um gegen die Bildung von Branchen etwa der Landarbeiter, Glasbläser, Topfer, Fensterputzer, kaufmännischen und technischen Angestellten usw. aufzutreten. Der Sinn und Zweck dieser beruflichen Zergliederung des DIV, kann natürlich nur sein, die notwendige organisatorische Grundlage für eine auf Berufsökonomie basierende Politik abzugeben. Daraus ergibt sich hinsichtlich der Organisationsform des DIV, ein Unterschied zwischen DIV, und aller Gewerkschaft ist lediglich der, daß der DIV, infolge seiner Zersplitterung nicht nur eine so vollendete berufliche Zersplitterung der proletarischen Klassenkräfte betreiben kann wie der ADGB, bei wachsendem Einfluß aber auf dem besten Wege dazu ist; und zweitens: der Unterschied zwischen der Weyerschen Organisation und den Kaiser- und Schumacher-Gewerkschaften besteht nur darin, daß letztere sich bloß auf die Erfassung einer Berufsgruppe beschränken, während der DIV, der Repräsentant für alle Berufsgruppen sein will und so gewissermaßen den „revolutionären“ ADGB, in Miniaturform darstellt.

Die Berufsgliederung des DIV, entspringt lebensunvermeidlich seiner Tarifpolitik, welche ihm verleiht, „die Interessen der gesamten proletarischen Klasse zum Angelpunkt seiner Kämpfe zu machen. Der Angelpunkt des DIV, sind eben die heute nicht mehr ausschlaggebenden Berufsinteressen, d. h. der Kampf um Abschluß von (kurzfristigen) Tarifverträgen. Und hier muß sich im Einzelfalle praktisch zeigen, daß die Arbeiterschaft mit der DIV, „Einheitsorganisation“ genau so in die Sackgasse hineinschliddert wie mit dem Amsterdamer Orschgebund. Sobald nämlich der DIV, sein Ziel: sich neben den ADGB-Sektionen als Tarifkontrakt zu betätigen, erreicht hat, kann er sich ebenso wenig nach den Interessen der gesamten proletarischen Klasse richten wie die alten Gewerkschaften. Angenommen, der DIV, hat für seine einzelnen Berufsgruppen Tarife abgeschlossen. Es kommt zu einem Konflikt der Gruppe Holzarbeiter-Unternehmen, Streik für Unterstützung aktive Solidarität, d. h. Sympathiestreiks von den übrigen Sektionen des DIV, — was nun? Kann die Leitung des DIV, alle Kräfte der Organisation in die Wagschale werfen? Nein, sie kann es nicht. Sie muß die streikenden Holzarbeiter allein lassen, denn ihr sind ja durch die laufenden Tarifverträge der übrigen Berufsgruppen die Hände gebunden. Der DIV, kann der Unternehmenseinführung nicht seine geschlossene Macht entgegenstellen, wenn er nicht die Kosten dauernder Tarifbrüche und damit den Verlust seiner Stellung als Tarifkontrakt auf sich nehmen will. Die DIV-Führer müssen in solchen praktischen Fällen die zur Tatsolidarität bereiten Proletarier vor „Tarifbruch“ warnen — genau wie die Amsterdamer Gewerkschaftsbonzen im Streik der Hamburger Hafenarbeiter!

Es ist also weiter nichts als „Vorsepiegelung falscher Tatsachen und Irreführung der Mitglieder“, wenn die Führer des DIV, versichern, im Gegensatz zum ADGB, wie den Kaiser- und Schumacher-Verbänden „die Interessen der gesamten proletarischen Klasse“ zu vertreten. Das System der Tarifpolitik, der Beteiligung an den bürgerlichen Schwindelratten und der Unterstützung des parlamentarischen Massenstreichs diktiert dem DIV, die Rolle der gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Konterrevolution in verkleinertem Maßstab zu übernehmen. Wo immer die Proletarier in den revolutionären Kampf treten wollen für ihre ureigenen Klasseninteressen, da werden sie feststellen müssen, daß der DIV, steht, sondern weit hinten im kugelsicheren Gelände der opportunistischen Realpolitik sich herumtummelt. Denn sobald der „Deutsche Industrie-Verband“ in die Fregate des revolutionären Klassenkampfes einsteigt, wird die sozialdemokratische Gesellschaft gerät, da kommt er infolge seiner Wesensverwandtschaft mit den alten reformistischen Organisationen in unheilbaren Konflikt mit sich selbst, da ist es um ihn geschehen. (Schluß folgt.)

### Proletarisches Notizbuch

Militäraktuar in Litauen. WTB, M e n e l, 17. Dezember. Wie das „Memeler Dampfboot“ zuverlässig erfährt, ist heute nach 3 Uhr die bisherige Regierung in Kowno gestürzt, und festgenommen worden. Die Ziele der neuen litauischen Regierung fest in der Hand haben. — Ueber den Staatsstreich in Litauen teilt die Lettische Telegraphen-Agentur mit: Die gesamte Gewalt ist auf die neue vorläufige Militärregierung übergegangen, die den Kriegszustand in ganz Litauen proklamiert.

Gefährdetes Streikbruchkonkret. Nach einer Meldung der „Berzwerkszeitung“ sind bereits die ersten englischen Kohlenladungen für Hamburger Kohlenimportfirmen in Hamburg eingetroffen. Die oberösterreichischen Zechenbesitzer haben in einer persönlichen Besprechung mit dem Arbeitsminister erklärt, daß sie unter keinen Umständen die von den Bergarbeitern geforderte Lohnerhöhung bewilligen würden. Die Regierung hat darauf die Schiedsgerichtskommission nach Kattowitz einberufen. — Die demokratische Peitsche liegt immer beim Hund. Der Schiedspruch in der bayerischen Metallindustrie steht die Fortgeltung der bisherigen Tarifhöhe vor.

Streik in Wien. Bei einer Demonstrationsversammlung von etwa 2000 Arbeitslosen vor dem Rathaus kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Die Polizei löste den Demonstrationsszug auf, 15 Demonstranten wurden verhaftet. — Amstert auf einem französischen Dampfer. Wie die Blätter melden, meuterte auf dem im Badepeter Hafen eingehauenen französischen Dampfer „Pasten“ die Mannschaft gegen die Auslieferung der Beteile ihres Vorgesetzten aus Budapest auszuführen. Der Kapitän ersuchte die Budapest Polizei um Hilfe. Die beiden „Rädesführer“ wurden von der ungarischen Polizei abgeführt.

„Rote Jugend“ kann nicht mehr erscheinen, wenn nicht sofort alle rückständigen Nummern abgerechnet werden.

Zerungaber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Posa. Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Lindstedt, Berlin O. 17, Lassestraße 79.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisation der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lamsitzer Platz 13.

Dezember 1926

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 628 42. Buchhandl. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lamsitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

## „Regierungskrise“

In dem Labyrinth der Zeitungsdiskussion findet sich der proletarische Leser natürlich nicht zurecht. Er findet vor lauter „Sachlichkeit“ und „Logik“ — den Kern der Sache nicht. Und doch ist diese „parlamentarische Krise“ — trotzdem sie von den üblichen Stürmen im parlamentarischen Wasserglas in ihren Grundzügen abweicht — das schließliche Ergebnis einer klar sichtbaren, hinter uns liegenden Entwicklung und des aus dieser Entwicklung resultierenden Interessenkampfes der Parteien der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft.

Als hervorstechendes charakteristisches Merkmal springt ins Auge, daß die Sozialdemokratie dieser Regierung ihr Mißtrauen ausspricht ohne — selbst vom Standpunkt ihrer kleinbürgerlich-reaktionären Politik — sichtbaren Grund. Die Sozialdemokratie hat als einen ihrer größten Erfolge in die Welt hinausposaunt die Außenpolitik des Kabinetts Marx-Stresemann, die angeblich eine rein sozialdemokratische Politik ist. Hier bock sich also gar keine Angriffsfläche, und die Sozialdemokratie hielt die Fortführung dieser Politik für so wichtig, daß sie bis vor kurzem alle innenpolitischen „Seitensprünge“, das heißt den in jeder Hinsicht reaktionären Kurs gegen die Arbeiterklasse, billigte, und ihn als „kleines Übel“ gern mit in den Kauf nahm. Als „Begründung“ für ihr Mißtrauensvotum wurde denn auch die Reichswehr herangezogen. Aber der Sozialdemokratie waren die Dinge in der Reichswehr seit Jahren bekannt, wie sie auch in die Verbindungen wirtschaftlicher und militärischer Art mit Rußland eingeweiht war. Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, daß das „Berliner Tageblatt“ ausführlich darüber berichtet, daß Ebert in die „Enthüllungen“ des „Manchester Guardian“ eingeweiht war, sowie auch die Reichswehr Außenminister und Staatssekretäre. Der „Vorwärts“ vom 18. Dezember betont ausdrücklich, daß Scheidemann als Redner der sozialdemokratischen Fraktion unterschied zwischen dem, was w a r, und dem, was i s t. „Er hatte für Vergangenes aus stürmischen Zeiten Worte des Verständnisses gefunden.“ Damit ist bewiesen, daß das „Mißtrauen“ der Sozialdemokratie sich auf Dinge stützte, die lange schon für sie bekannt waren. Sie kam jetzt damit heraus, weil sie eine Begründung haben mußte für ihr Mißtrauensvotum. Es kommt also darauf an, zu untersuchen, warum die Sozialdemokratie gerade jetzt, und nicht früher ihr „Material“ brachte, um die Regierung zu stürzen.

Das Kabinetts Stresemann als der Sachwalter der deutschen Bourgeoisie hatte in seiner Außenpolitik von Anfang an zwei Eisen im Feuer. Es blickte mit einem Auge gegen Osten, mit dem anderen gegen Westen. Die Sozialdemokratie legte dieser „doppelten Buchführung“ auch keine Schwierigkeiten in den Weg. Als aber die deutsche Bourgeoisie im Januar 1925 ihre politische Handlungsfreiheit wiedergewann — der erste greifbare Erfolg sozialdemokratischer Außenpolitik — fühlte sich die deutsche Bourgeoisie wieder kräftig genug, ohne die Krücken der II. Internationale zu gehen. Das englische Kapital verhalf — weil es eine Stütze im Rücken seines französischen Rivalen gebrauchte, — dem deutschen Kapital zu einem ersten tiefen Luftholen. Allerdings antwortete das deutsche Kapital sofort mit dem Berliner Vertrag und begann seine Kräfte zu neuen Vorhaben zu sammeln. Es sei nur an die Versuche in Südtirol erinnert. Es trat in Genf stets auf mit der Versicherung zur „Verständigung“, aber zugleich mit dem deutsch-russischen Vertrag in der Tasche. Die gesamte europäische Krise schuf aber den Zwang, das deutsche Kapital in den Völkerverbund zu nehmen, um es für seine Verpflichtungen zu binden. Die dadurch bedingte wachsende Ellenbogenfreiheit, wozu der Weg der Handelsverträge waren, erschien auch immer mehr den Deutschennationalen als der einzig mögliche Weg. Sie setzten dem Stresemann-Kabinetts keinen aktiven Widerstand mehr, höchstens eine nationalstische Geste entgegen. So wurde doch die sozialdemokratische Außenpolitik immer mehr der Weg gebahnt zu einer Zusammenführung und Lierung der Interessen des Industriekapitals und der Agrarier. Ein wirklicher Grund der Deutschennationalen der Regierung fernzubleiben, liegt nicht vor. Es spielt

## Kapitalsoffensive und Schlichtungsspeitsche

### Aussperrung in der Schuhindustrie

In Frankfurt beschloß eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Deutschen Schuh- und Schäfte-Fabrikanten die Generalaussperrung. Die Arbeiter sämtlicher Verbandsbetriebe sollen am 22. Dezember zum 8. Januar 1927 gekündigt werden. Der Vorstand des Zentralverbandes der Schuhmacher hat die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts beantragt. In Weilenfels haben die Schuhindustriellen bereits die Aussperrung vollzogen, es kommen 3600 Arbeiter in Frage. Wenn die Arbeiter der Schuhindustrie den Schiedsbruch von stinken Pfennigen nicht schlucken, stehen 150.000 Arbeiter vor der Aussperrung.

Die Generalversammlung der Hausschuhfabrikanten in Leipzig beschloß ebenfalls ihre gesamte Arbeiterschaft gleichzeitig mit den Schuhfabrikanten auszusperrern. Es kommen weitere 20.000 Arbeiter hinzu.

Schiedssprüche in der sächsischen Textilindustrie. In sächsischen Arbeitsministerum wurde im Lohnstreik der mittelsächsischen und der sächsisch-ostthüringischen Textilindustrie folgender Schiedspruch gefällt: Die tariflichen Grundlöhne werden vom 1. Januar 1927 ab um 6 Prozent erhöht. Die neuen Löhne sollen bis zum 30. September 1927 Geltung haben. Sie sollen auch für die sächsisch-büdingischen Kammergenossinnen in Anwendung kommen.

In Saarbrücken streiken 6000 Eisenbahner. Auch die Eisenbahner von Neunkirchen streiken einzeln im Streik.

Hamburg. In der Versammlung der Sektion Halenarbeiter des Deutschen Verkehrs-Bundes wandten sich, abgesehen von einer Ausnahme, sämtliche Diskussionsredner gegen die Annahme des skandalösen Schiedspruchs durch die Leitung des Deutschen Verkehrs-Bundes. Gegen die Lohnkommission wurde einstimmig ein Mißtrauensantrag angenommen.

### Polizeiattentat gegen Erwerbslose in Steffin

Die letzte Stadtverordnetenversammlung hatte beschlossen, den Erwerbslosen dieselbe Wohnnachtheiligkeit zu zahlen, wie den Beamten. Der Magistrat stürzte sich jedoch daran nicht und lehnte glatt ab. 4 Stunden standen die Erwerbslosen vor dem Rathaus in strömendem Regen. Als die Massen gegen diese „Demokratie“ protestierten, schlug die Polizei die Versammlung mit dem Gummiknüppel auseinander und nahm Verhaftungen vor.

Nachdem die Versammlung geschlossen war, attackierte die Polizei die dicht gedrängte Menschenmenge und schlug mit dem Gummiknüppel auf die Massen ein. Eine Anzahl Verhaftungen wurde durch die Polizei vorgenommen.

Immer wieder zeigt sich, daß der Kampf gegen die völlige Verelendung zugleich ein Kampf gegen Schlichtungsspeitsche und Gewerkschaftshyperei ist. Schlichtungsspeitsche und Gewerkschaftspropaganden ziehen den „Rahmen“, in dem sich der gefesselte Riese ausstoben, einen Schiedspruch von sechs (!) Pfennigen für ein Jahr bindend machen soll, wo die Ausbeuter es in der Hand haben durch die Methoden des indirekten Lohnabbaues vermittelt der „technischen Verbesserung“ die Löhne in Wochen um ein vielfaches zu drücken. Erwerbslose werden mit Beschlüssen parlamentarischer Gesetzmacher geködert und die Kehrseite der Demokratie ist der Gummiknüppel der „Brüder im Waffenrock“ für deren gute Verpflegung die KPD-Bonzen sich so kräftig ins Zeug legen. Brutal und ohne jede Sentimentalität stellt die Demokratie den „Frieden auf Erden“ her, den Ausbeutern zum Wohlgefallen. Steigende Konjunktur, steigender Profit — aber zugleich steigende Arbeitslosigkeit! Steigende Rationalisierung, und somit Steigerung des Widerspruchs zwischen kapitalistischer Produktion und bescheidenstem Sklavendasein.

So wird immer neu die Empörung geboren werden — aber sie bleibt hilflose Rebellion, so lange die Massen nicht erkennen, daß ihre Rettung über die Sprengung dieser „Ordnung“ führt, und ihr Kampf ein Kampf sein muß gegen demokratisch-parlamentarische Fesseln, ein Kampf unter der Losung des Bruches mit jeder Verpflichtung gegen die Geldsackrepublik und der von ihr abhängigen Parlamentsparteien und Gewerkschaften, mit dem Ziel der Befreiung aus den Klauen einer Ausbeuter-gesellschaft, die ihre Sklaven nicht mehr ernähren kann.

lediglich nur die Frage eine Rolle, ob mit der Sozialdemokratie, wie die Silberberggruppe, regiert werden soll, — oder ohne sie, wie Scholz es in seiner Insterburger Rede forderte. Die Tendenz der Entwicklung ist die: Entweder große Koalition von den Deutschennationalen bis zur Sozialdemokratie, oder „Bürgerblock“ gegen sie. Wie diese Tatsache durch eine parlamentarische Konstruktion verschleiert wird, ist von ganz nebensächlicher Bedeutung.

Die Sozialdemokratie ist jedoch dazu verurteilt, um jeden Preis den Weg der Koalition zu beschreiten. Ihre Außenpolitik hat zu Resultaten geführt — weil sie eben bürgerlich-kapitalistisch ist und als Grundlage die Grenze kapitalistischer Entwicklung hat — die die Deutschennationalen heute unterschreiben. Als Oppositionspartei kann die Sozialdemokratie aber nicht existieren. Ihr Programm ist die Demokratie, und diese Demokratie verpflichtet sie, „so viel Macht“ zu ergreifen, wie eben „möglich“ ist. Es gibt im Grunde genommen keinen Unterschied zwischen „großer“ und „kleiner“ Koalition“. In dem Moment, wo die Sozialdemokratie den Deutschennationalen ihren „Anteil“ an der „Macht“ streitig machen will, wirft sie ihr eigenes Programm über Bord und gibt die Handhabe dafür, selbst von der Teilnahme an der Demokratie ausgeschlossen zu werden. Diese bezwingende Logik hat die Sozialdemokratie auch schon lange begriffen. Ihr Kampf geht nicht gegen die große Koalition, sondern ihr Kampf — und das ist der Sinn ihrer Regierungsgestaltung — geht dahin, die Große Koalition zu kommen. Der Weg sollte die „stille“ Koalition sein, aber die Gegenkräfte haben dieses parlamentarische Kunststückchen in kurzer Zeit licherlich gemacht. Die Zustimmung der Deutschennationalen zu dem sozialdemokratischen Mißtrauensvotum war ebenfalls kein Mißtrauen gegen die Politik der Regierung, und erst recht nicht gegen Geßler, sondern der Stoß, um den Weg frei

zu machen für den Einbruch der Deutschennationalen in die Regierung. Hinzu kommt noch, daß die erwachende deutsche Bourgeoisie ihr militärisches Werkzeug, die Reichswehr, hütet wie ihren Augapfel und gerade der Angriff auf die Reichswehr vonseiten der Sozialdemokratie auf eine gezielte Abwehr der bürgerlichen Parteien stößt. Die Politik der Sozialdemokratie hat so selbst vom Standpunkt des parlamentarischen Kretnissmus dahin geführt, daß die Deutschennationalen die Früchte dieser Politik ernten, und die Sozialdemokratie, um nicht ganz ausgeschaltet zu werden zu einem Zeitpunkt, und an einem Objekt ihre Opposition zur Geltung bringen muß, daß ihren eigenen Bankrott nur zu deutlich offenbar werden läßt.

Zu diesem kommt dann noch die Tatsache, daß die weitere Oppositionstellung der Sozialdemokratie infolge der fortschreitenden kapitalistischen Krise noch eine andere Logik hat. Die Tatsache der Opposition als Partei schafft innerhalb der eigenen Reihen eine Oppositionsstimmung gegen die kapitalistische Regierung und die Kapitalsoffensive gegen die Arbeiterklasse. Wenn der Weg „zur Macht“ durch die „Demokratie“ versperrt ist, der Krieg gegen das Proletariat sich jedoch steigert, werden die Arbeiter mit der Nase auf die profane Tatsache gestoßen, daß es noch einen anderen „Weg“ zur Macht gibt, den der Solidarität der Arbeiter und der Kampf gegen den Kapitalismus und seinen Staat! Die riesenhafte anschwellende Arbeitslosigkeit, die brutale Regierungsgestaltung — geht dahin, die Große Koalition zu kommen. Der Weg sollte die „stille“ Koalition sein, aber die Gegenkräfte haben dieses parlamentarische Kunststückchen in kurzer Zeit licherlich gemacht. Die Zustimmung der Deutschennationalen zu dem sozialdemokratischen Mißtrauensvotum war ebenfalls kein Mißtrauen gegen die Politik der Regierung, und erst recht nicht gegen Geßler, sondern der Stoß, um den Weg frei

## Das beste Geschenk ist ein gutes Buch

Genossen! Deckt euren Bedarf in eurer Buchhandlung!

Wir führen am Lager:

Kommunistische, sozialistische, wissenschaftliche und schöngelungsliteratur Sozialpolitische und naturwissenschaftliche Schriften

Romane — Erzählungen

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur

Berlin SO. 36 — Lamsitzer-Platz 13



# Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Dezember 1926

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur Berlin SO. 36, Lanzstr. 13.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 82, Buchhandl. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lanzstr. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post monatlich 1,30 Mk., wofür bis 30. jedes Monats im Voraus die Hälfte wöchentlich zweimal.

## Die „Wirtschaftsdemokratie“ Die moderne Lebensform als Resultat gewerkschaftlicher Lohnpolitik

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wurde folgender Schiedsspruch gefällt:  
Mehrarbeitsabkommen.  
Über die in § 3 des Mantelarbeitsvertrages vom 29. September 1925 vorgesehene Arbeit hinaus leisten die Arbeiter im Anschluß an ihre regelmäßige Schicht Mehrarbeit nach folgenden Bestimmungen:  
1. Allgemeine Regelung.  
a) Unter Tage beträgt die Arbeitszeit von Beginn der Einkehr bis zum Verlassen der Arbeitsstelle vor Ort ohne Pausen in den Konzeptions- und in den Räumereien 8 1/2 Stunden täglich.  
b) Über Tage beträgt die Arbeitszeit ohne Pausen 10 Stunden täglich.  
c) In durchgehenden Betrieben wird im Zweischichtsystem gearbeitet.  
2. An den in § 3 Ziffer II, 3 des Mantelarbeitsvertrages erwähnten Pausen sind die Arbeiter zu den Pausen in dem Verhältnis zur allgemeinen Arbeitszeit verkürzt wie früher.  
3. Überarbeitet die Schichtzeit die Dauer von 18 Stunden (1) so ist dies nur in demselben Umfang zulässig, wie den Arbeitnehmern gewährt werden. Innerhalb einer zwölfstündigen Schicht müssen also zwei Stunden Pausen eingelegt sein.  
Als Pausen sind nur Ruhezeiten anzusehen, die eine ununterbrochene Dauer von mindestens 20 Minuten haben. Innerhalb der zwölfstündigen Schicht muß ein ununterbrochener Zeitraum von je einer halben Stunde für Frühstück und Mittag zur Verfügung stehen. Von Verbringen der Pausen sollen Räume vorhanden sein, die im Sinne der hygienischen Bestimmungen als angemessen anzusehen sind. Den Arbeitnehmern sind zu überlassen (1) diese Räume während der Pausen auszusuchen oder nicht.  
II. Regelung der Sonntagsarbeiten.  
1. Über Tage endet die Tätigkeit in nicht durchlaufenden (entsprechend) Betrieben um 2 1/2 Uhr nachmittags. In der Schicht ist eine Pause von einer halben Stunde einzuhalten.  
2. In zweischichtigen Tagebau- und Abraumbetrieben beträgt die Sonntagsarbeiten einschließlich 1/2 Stunde Pause grundsätzlich 8 1/2 Stunden. Soll aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen die unverkürzte Schicht beibehalten werden (1), so bedarf es hierzu einer Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat. In diesem Fall gilt die über 8 Stunden hinaus geleistete tatsächliche Arbeit als Überarbeit im Sinne des § 4 des Mantelarbeitsvertrages.  
3. In sonstigen durchlaufenden Betrieben (Fabrik, Kesselhaus, Maschinenhaus usw.) gilt keine Schichtverkürzung ein. Die über 8 Stunden hinaus tatsächlich geleistete Arbeit gilt als Überarbeit im Sinne des § 4 des Mantelarbeitsvertrages.  
4. Die verkürzten Sonntagsarbeiten sind als volle Schicht zu vergüten.  
III. Ergänzende Bestimmungen zu I und II.  
1. Soweit nicht in diesem Abkommen etwas anderes bestimmt ist, finden die im Mantelarbeitsvertrag vorgesehenen Zusätze für Überstunden auf Mehrarbeit im obigen Rahmen keine Anwendung. Für die auf Grund dieser Mehrarbeitsregelung sich ergebende Schicht ist der Arbeitnehmer Anspruch auf den in den Lohnlisten festgesetzten Schichtlohn. Die Gedinge sind so zu stellen, daß die Verdienste der Unter-Tage-Arbeiter nicht tiefer sinken, als die Verdienste vergleichbarer Über-Tage-Arbeiter.  
2. Soweit Bestimmung des Mantelarbeitsvertrages mit Bestimmungen des Mehrarbeitsabkommens in Widerspruch stehen, gehen die Bestimmungen des Mehrarbeitsabkommens vor.  
Außerdem wurde eine aus drei unparteiischen Personen (1) die wirtschaftliche und sozialpolitische Erfahrungen haben, bestehende Kommission eingesetzt, die durch je einen Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter ergänzt werden kann.  
Diese mit weitestgehenden Befugnissen auszustattende Kommission soll untersuchen, inwieweit die Verkürzung der Arbeitszeit wirtschaftlich durchführbar ist (1). Bis zum 15. März 1927 muß die Kommission ihre Arbeiten beendet und ein Gutachten erstattet haben.  
Auf Grund dieses Gutachtens sollen dann die Parteien bis zum 12. April 1927 eine grundsätzliche Regelung der Arbeitszeit für die Zeit nach dem 30. April 1927 herbeiführen.  
Wir bringen diesen Schiedsspruch deshalb vollständig, weil er ein Dokument darstellt, das selbst für diejenigen Proletariat, die sich in bezug auf die letzten Kon-

## „Zwischen zwei Welten der Revolution“

Neben und Hand in Hand mit der Rationalisierung vollzieht sich der Prozeß der Konzentration des Kapitals in und um die Großindustrie. Der Großkapitalismus erzwingt den Zusammenschluß in nationalen und internationalen Rahmen. Es verengt in ständigem Maß den Produktionsapparat durch Stilllegung der unrationell arbeitenden Betriebe. Durch Normierung und Typisierung wird auch noch die in der Spezialisierung liegende Produktionsvielfalt unterbunden. Die Wirtschaftsgeographie, welche bisher stark traditionell angefaßt war, verändert sich vollkommen. Industrien, welche bisher infolge der Notwendigkeit gewisser Facharbeiterskizzen an einen bestimmten Standort gebunden waren, werden infolge der stärkeren Industrialisierung und der damit ermöglichten Heranziehung ungelerneter Arbeitermassen von ihren historischen Bindungen gelöst. Sie können jetzt die wirtschaftlich besten ausnutzbaren Gegenden für den Neuanbau hehmen. Die Konzentration der Produktionsstätten erfolgt in immer stärkerem Maße in den Fundorten der industriellen Betriebsgrundstoffe. Kohle, Eisen, für Elektrizitätsgewinnung verwendbare Wasserkraft, Ölproduktion sind jetzt für die Wirtschaftsgeographie allein bestimmend. Der Großbetrieb in seiner vollendeten Form ist die noch einzig mögliche Grundlage. Die Ausschaltung des mittleren und kleineren Betriebes hat besonders in den bisherigen Industriestaaten zu einer direkten wirtschaftlichen Revolution geführt. Es wurde daher ein starkes Missverhältnis zwischen der Produktionsfähigkeit und der Ausnutzung des Produktionsapparates hervorgerufen, die selbstverständlich auch in der Dauerkrise der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt und deren wichtigste Ursache ist. Damit ist aber zugleich gesagt, daß eine Aenderung in der Arbeitslosigkeit nicht zu erreichen ist. Selbst im Fall einer Konjunktur würde es nur zu einer intensiveren Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Großbetriebe kommen. Der beste Beweis für die bei uns durch den entsetzlichen Bergarbeiterstreik hervorgerufene Konjunktur in der Kohlenindustrie. Auf 100 offene Arbeitsstellen im Bergbau kamen im Januar 1926 bis 1951 Stellengesuche. Im Mai, als der Streik begann, betrug die Zahl 1767, im Juni 1715, Juli 1258, August 1120, September 922. In derselben Zeit, d. h. vom Mai bis September, sank die Zahl des Bergbauarbeiters im ganzen Reich von 1781 154 Bergarbeitern auf 1.483 458, also um 300 000. Davon gehen 103 000 Ausgesteuerte aus, so daß nur noch eine Verringerung von 200 000 Arbeitern oder 11 Prozent übrig bleibt. Die Kohlenförderung im Ruhrrevier dagegen erhöhte sich von 3 066 000 t pro Arbeitstag auf 3 817 000 t, also um mehr als 29 Prozent. Die Zahl der neu beschäftigten Arbeiter auf den Ruhrbergbau allein berechnet, stellt sich noch günstiger für das Kapital, da sich dann die Arbeiterzahl nur um 6 Proz. hob. Im Bergbau war schärfste Hochkonjunktur und das Ergebnis 6 Prozent neu eingestellte Arbeiter und 29 Prozent Produktionsüberschuß. Dabei ist im Bergbau die Rationalisierung noch nicht soweit fortgeschritten, wie in der Maschinenindustrie. Außerdem vollzieht sich dieser Prozeß noch dauernd.  
Wie weit die Ausnutzung der Betriebe geht, läßt sich ziffernmäßig schlecht feststellen. Die bürgerliche Statistik spricht darüber meist aus. Man ist dabei auf einzelne Untersuchungen angewiesen. So wird der Leerlauf der Kohlenproduktion im Ruhrgebiet auf 30 Prozent angesetzt. Seit März 1923 sind 87 Zechen mit einer Belegschaft von ca. 50 000 Arbeitern stillgelegt. Die Zahl der Beschäftigten ist seit 1913 bei gleichbleibender Produktionshöhe von 428 805 auf 366 382 gefallen, also um 62 000 Arbeiter. Dabei hat sich die Zahl der technischen und kaufmännischen Angestellten um 7000 gesteigert. Um diese Ziffer erhöht sich die Verminderung der Handarbeiter. Dies war möglich trotz eines Leerlaufes von 30 Prozent. Interessant ist dabei eine von der F. Z. veröffentlichte Statistik über die Steigerung in der Anwendung von Maschinen (S. 296):

1) Siehe auch „KAZ“ Nr. 100 und 98.

## Die Kommunistische Partei erklärt vor der gesamten Arbeiterschaft: Wir wollen keine wilden Streiks

„Rote Fahne“ vom 26. 2. 1926.

## Proletarisches Notizbuch

Massenepidemie in Niederbayern.  
In Mitrachung ist eine heftige Massenepidemie ausgebrochen; es sind von 76 Schülern 63 an Masern erkrankt. Das Bezirksamt Desgenhof hat die Schließung der Volksschule verfügt.  
Auf Masern trifft dasselbe zu wie auf Scharlach, für seine Entstehung sowohl wie für seine Folgen. Es ist ebenfalls eine Proletariatskrankheit.  
Engladiolite in Athen. TU. Athen, 18. Dezember. 82 Einflüsse des englischen Mittelmeergeschwaders werden am 12. Januar im Kriegshafen von Athen eintriften. Man bringt dies mit der gespannten Lage im Orient in Zusammenhang.  
Die kapitalistische Demokratie. In München werden acht Mitglieder der Kommunistischen Jugend und der Kommunistischen Partei zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt, da sie an einer Bezirkskonferenz des Kommunistischen Jugendverbandes teilgenommen haben (1).  
Rote Diplomatie. Wie die Zeitungen melden, eröffnete der japanische Bevollmächtigte Saburō Verhandlungen mit der Kantongregierung. Der russische Militärattaché in Peking, Leutnant Longwa, trat gleichzeitig als Gast der Kantongregierung hier ein.  
Ein Prozeß gegen 151 ukrainische Bauern in Polen. In Wladimir-Wolynsk findet gegenwärtig ein Prozeß gegen 151 Ukrainer statt, die unter der Anklage stehen, einen bewaffneten Aufstand vorbereitet zu haben. — Der polnische Nationalismus versucht auf dem Wege des trockenen Faschismus „Landsfremde Elemente“ auszurotten.  
Proletarier erschlagen. WTB. Aachen, 20. Dezember. Bei den Erklärungsarbeiten am Bahnhof Aachen verunglückten heute vormittag bei Erdarbeiten drei Brüder tödlich. Einem anderen Arbeiter wurde der linke Oberarm abgetrennt. In Berlin wurden am 21. 12. zwei Eisenbahnarbeiter überfahren und getötet.  
Erdbeben in Südamerika. Guayaquil (Ecuador), 21. Dezember. (10 B.) Nach Meldung von 285 000 t Schaden in der Stadt Corlosama in Columbia durch ein Erdbeben zerstört worden.  
Eine Meldung ohne Kommentar. London, 21. Dezember. (EP.) In Kalzan, der chinesischen Teelandstadt südlich von Peking, wurden 300 chinesische Kulis, die von den Nordruppen nach Norden transportiert, als die Wagen am Bestimmungsort angekommen waren, stellte es sich heraus, daß die Gefangenen sämtlich ertrunken waren. Die Behörden ständen die 300 Leichen in denselben Wagen wieder nach Kalzan zurück.  
Eine Weihnachtsofferte der „Roten Fahne“. „Central-Rot-Königschleier, O. Schillingsbrücke 7—10 (Nähe Schloß, Bahnhof Königsplatz 1344) in Fleisch- und Wurstwaren.“ — „Rote Fahne“ vom 20. 12. 27.

## Mitteilungen

Alle Leser der „KAZ“ bitten wir, uns Adressen einzusenden von Genossen, die evtl. Interesse für die „KAZ“ haben.  
Wir wollen Probeexemplare der „KAZ“ an solche Genossen versenden.  
Oeffentliche Quittung der VRUK.  
Pflichtbeiträge Berlin: 45—46. Woche, 40 Mk.  
Pflichtbeiträge Reich: Rüstingen 2,40. Nürnberg 6,—. Chemnitz 4,—. Dresden 2,40. Pleiße 0,48. Leipzig 2,16. Gen. 3,20. Saaz 0,80. Magdeburg 7,20. Halle VRUK, Karten 1,20. Annaberg Sammelmarken 6 Stk., 1,20.  
Sammelmarken Berlin: 4. Bez. Nr. 409 2,80; 6. Bez. Nr. 424 33,75; 7. Bez. Nr. 443 26,80; 11. Bez. Nr. 427 17,50; 15. Bez. Nr. 403 8,50; Nr. 404 21,70; Nr. 405 10; Fa. Küchenmeister Nr. 410 30; Fa. Reimann u. Co. Nr. 463 24 8; Fa. F. u. L. Langemann Nr. 418 45; Fa. Schilling, Reinickendorf Nr. 447 6,70; Fahrpark Charlottenburg Nr. 441 a conto 25,51 Mark.  
Samm lung 3. Bez. 0,90; Genosse B. 30; Genosse W. P. 2; ein Genosse aus Lichtenberg 10 Tafeln Schokolade und ein Paket Kekks für Kinder.  
Postkarten Berlin: 3. Bez. 160 St. 16; 7. Bez. 55 St. 5,50; 14. Bez. 50 St. 5; 15. Bez. 50 St. 5; Sammelmarken Berlin: 7. Bez. 12 St. 2,50 Mark.  
An Weihnachtssammelstellen der Vruk gingen bis zum 21. Dezember folgende Beträge ein: Postkarten 6; Hothausen Dresden Liste Nr. 465 9,80; 60 Postkarten Nr. 466 22,00; Nr. 467 31; Aschersleben Nr. 174 und 473 30; Salzemen Nr. 475 9; Landau Nr. 467 2; Hofzeisamer Nr. 469 4,30; Barmen Nr. 455 17,50; Altona Nr. 494 9; Nr. 495 16; Nr. 496 18; Kiel Nr. 492 16; Chemnitz Nr. 494 6,50; Köln Nr. 460 22,00; Nachrodt Nr. 468 20; Halle Nr. 463 24 8; Nr. 464 21,70; Nr. 466 5,20; Nr. 478 9,75; Gersteln Nr. 474 26,55; Essen Nr. 451 3; Ludwigshafen 9; Düsseldorf Nr. 462 10,15; Nr. 500 10; Pleiße Nr. 481 9,50; Wilhelmshaven Nr. 493 9; Kaiserslautern Nr. 468 8; Braunschweig 1,70; Leipzig, auf Listen 87,80 Mark.  
Durch die Bez.-Lsg. des Wirtschaftsbez. Rheinland-Westfalen gingen noch ein: Essen Liste Nr. 4000 2,60; Düsseldorf Nr. 3091 3,20; Nr. 3099 6,50; Ronsdorf Nr. 3097 7,75; 100 Postkarten Nr. 3099 12; Eberfeld Nr. 3095 6,50; Bonn Karten 10; Nachrodt Nr. 3999 12; Barmen Nr. 3996 1,25; Barmen 20; 16; Veltrop (Rest auf Liste) 2 Mark.  
AAU und KAP. Ortsgruppen Forst (L.) Am Mittwoch, den 29. Dezember 1926, findet im Lokal „Eiche“, punkt 7 Uhr, ein Vortrag statt. Thema: „Rheinland und das Weiproletariat“.  
Alle Leser der „KAZ“ und des „Kampfruf“ sowie die oppositionellen MPD- und KPD-Genossen sind hiermit eingeladen. — Daseibst Bestellung auf unsere Zeitungen.

## Der Proletarier

enthält in seiner Dezember-Nummer einen ausführlichen Aufsatz über das russisch-deutsche Militärabkommen, nach amtlichem Quellenmaterial. Ferner bringt er die Zuchtsausgesetzte (Strafgesetz, Vereinsgesetz, Schmutz- und Schandgesetz, Arbeitsrechtsgesetz und ein Gesetz, das die Gesetzgebung für die Republik dem Staatsgerichtshof, also den monarchistischen Richtern überträgt) mit denen die Demokratie das Proletariat künftighin kämpfen wird. Ein weiterer Aufsatz behandelt die Entwicklung der SPD und die anderer Amerika. Ein Feuilleton „Denken und Fühlen“ über Psychoanalyse, Psychologie und Marxismus, Abhandlungen über Kunst, Kino, Radio, wichtige Notizen. Buchbesprechungen und eine Bibliographie beschließen das gut ausgestattete Heft, das 50 Pfennig kostet und von der Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lanzstr. Platz 13 und von allen Genossen der KAP. und AAU zu beziehen ist.

## „Rote Jugend“

kann nicht mehr erscheinen, wenn nicht sofort alle rückständigen Nummern abgerechnet werden.

## „Rote Jugend“

zusaugen und für den Inhalt verantwortlich. Karl S.-J. Neukölln, Oedruck in der Buchdruckerei W. Willy Indoeck. Berlin O. 17, Lanestraße 79.

minutigen Pflichtarbeiten Überweisungen betrug 81 gegen 86 der Vorwoche.  
Die Ziffer der registrierten Arbeitslosen d. h. die absolute Ziffer, ist in der Berichtswoche gegenüber der Vorwoche um 1147 gestiegen. Die Ziffer der Unterzifferierten dagegen nur um 3615. Die „Fürsorge“ hat demnach in einer Woche fast 8000 „Ausgesteuerte“ ausgeschickt, von wegen dem christlichen „Fest der Liebe“. Auch die „Erwerbslosigkeit“ der Stadt Berlin hat 3867 Interessentenempfänger die Betreffende gestrichen. Selbst die Notstandskassen der Arbeiter sind um 161 aus der Arbeit. Die letzten drei Kategorien bestehen aus Ausgesteuerten. Die Ziffer der in der Berichtswoche Ausgesteuerten beträgt demnach auch über 11 500.

## Die Produktion steigt ebenfalls

Die Ruhrkohlenförderung in der zweiten Dezemberwoche relativ gestiegen.  
Nach vorläufigen Berechnungen wurden in der Zeit vom 5. bis 11. Dezember im Ruhrgebiet an fünf dreischicht Arbeitstagen 2 422 761 t Kohle gefördert gegen 2 429 906 t in der vorhergehenden Woche bei sechs Arbeitstagen. Die Kohlerzeugung stellte sich in den sieben Tagen der Berichtswoche auf 532 215 t gegen 532 516 t in der vorhergehenden Woche. Die Prognostikstellung auf 79 869 t gegen 79 773 t bei fünf dreischicht bzw. sechs Arbeitstagen. Die arbeitstägliche Kohlenförderung betrug in der Zeit vom 5. bis 11. Dezember 450 746 t gegen 413 816 t in der vorhergehenden Woche. Wäbrend die Kohlenförderung eine rezente Zunahme, von 6423 t auf 7505 t, erfuhr, nahmen die Koksbestände von 52 043 t auf 51 391 t ab.

## Starke Zunahme der deutsch-österreichischen Kohlenförderung

In deutsch-österreichischen Kohlenrevier wurden in der Zeit vom 6. bis 12. Dezember an 5 Arbeitstagen 377 960 t Kohle gefördert gegen 330 979 t an ebenfalls 5 Arbeitstagen der Vorwoche; die arbeitstägliche Kohlenförderung stieg also von 66 196 t auf 75 592 t. Der Gesamtabsatz aus Selbstverbrauchen und Depotsatz stieg von 319 481 t auf 357 826 t. Wäbrend die Koksbestände eine rezente Zunahme, von 6423 t auf 7505 t, erfuhr, nahmen die Koksbestände von 52 043 t auf 51 391 t ab.

## Ist das steigende Konjunktur?

Es stimmt zwar nicht, was das Wirtschaftsministerium und nach ihm die gesamte Presse berichtet, daß sich die deutsche Wirtschaft in Konjunktur befindet. Die englische Industrie beginnt erst zu arbeiten. Ihre Produkte sind noch nicht auf dem Weltmarkt erschienen, im Gegenteil. Deutschland liefert noch nach England, nicht nur Industrieprodukte, sondern auch noch Kohlen. Die steigenden Produktionsziffern bedeuten also nur eine vorübergehende Streifenkonjunktur. Aber trotz dieser Mehrproduktion (auch für die deutschen Weihnachtsmärkte) steigt die Erwerbslosigkeit flautartig an. Die englische Kohlenindustrie ist schon den Konkurrenzkräften der deutschen Preisern begonnen. Die Industrie wird im Januar beginnen die deutsche Streikbrüche nicht nur aus England, sondern auch aus dem Weltmarkt zu werben. Die Arbeitslosenziffern müssen dann launenartig anwachsen. Wenn das Proletariat von dieser Lage wie nicht erdrückt werden will, wird es sich schon mit organisierter Klassengewalt zur Abwehr stellen müssen, um seinen kapitalistischen Todfeind darunter zu begraben.

## Steigende Arbeitslosigkeit in Frankreich

EP. Paris, 21. Dezember. Nach Meldungen aus Nancy macht sich dort starke Arbeitslosigkeit bemerkbar, von der bei weitem das Hauptgewicht auf die Lebensmittelindustrie und die Bekleidungsindustrie betroffen wird. — Die Schulfabriken verkürzen die Arbeitszeit auf 24 Stunden und sogar auf 18 Stunden pro Woche. — Die Gewerkschaften entsandene eine Abordnung zum Präfekten des departements Meurthe et Moselle, um Abhilfemaßnahmen zu fordern.  
Weiter schreibt der „Temps“: Wir sind entschieden in die Periode der Krisen eingetreten. Sämtliche Zeichen lassen das klar erkennen. Ohne Zweifel beulen sich einige Industrien, die noch Aufträge auszuführen haben, aber zu tun, damit ihnen diese Aufträge nicht wieder entzogen werden. Aber sie erhalten keine neuen Aufträge. Es ist nicht zu leugnen, daß die Revalorisierung des Franken diese Krise herbeiführt hat, wie übrigens eine Stabilisierung eine noch viel größere Krise herbeiführt hätte und herbeiführen würde.

## Verschlärter Konjunktur

Durch die kürzlich in New York gegründete Einkaufsgenossenschaft der amerikanischen Gummiinteressenten mit einem Kapital von 40 Millionen ist der Kampf der amerikanischen Gummihersteller gegen die Lebensmittellieferanten und die Bekleidungsindustrie betroffen wird. — Die Schulfabriken verkürzen die Arbeitszeit auf 24 Stunden und sogar auf 18 Stunden pro Woche. — Die Gewerkschaften entsandene eine Abordnung zum Präfekten des departements Meurthe et Moselle, um Abhilfemaßnahmen zu fordern.  
Weiter schreibt der „Temps“: Wir sind entschieden in die Periode der Krisen eingetreten. Sämtliche Zeichen lassen das klar erkennen. Ohne Zweifel beulen sich einige Industrien, die noch Aufträge auszuführen haben, aber zu tun, damit ihnen diese Aufträge nicht wieder entzogen werden. Aber sie erhalten keine neuen Aufträge. Es ist nicht zu leugnen, daß die Revalorisierung des Franken diese Krise herbeiführt hat, wie übrigens eine Stabilisierung eine noch viel größere Krise herbeiführt hätte und herbeiführen würde.

## Die Seutele selbst hatten, wie die „Rote Fahne“ mitteilt, „um den Löhnen ihrer englischen Kameraden“ wäbrend des kommunistischen Streiks um 50 Prozent gefordert. Wenn diese Erhöhung durchgesetzt wäre, würde ein deutscher Matrose 139,50 Mk. oder 7 Pfund Sterling erhalten, während sein englischer Kollege 9 Pfund Sterling, oder noch 40 Mk. mehr erhält. Heute erhält aber ein deutscher Matrose einhundertfünfzig Pfund Sterling, während sein englischer Kamerad nur 100 Mk. monatlich, das sind 80 Mk. weniger als der englische Kollege. Gegen diese Kullöhne wenden sich die Seutele aller Kategorien mit aller Entschiedenheit.

Die „Entscheidendheit“ der Streikbrüchigen wird durch die Ähnlichkeit mit dem schweißelnden Hund, der seinen Herren an einen Knochen anbettelt und diesen zusammen mit einem Fußtritt erlöst.  
Die Löhne, die die deutschen Seutele für ihre Deckstohlarbeit gegen die englischen Arbeiter erhielten, waren sehr viel niedriger, als diejenigen, um welche die englischen Kollegebrüder ihren Sklavenehaltern die Arbeit vor die Füße warfen und unter Hunger und Entbehrung 7 Monate einen nach gewerkschaftlichen Begriffen — herobischen Kampfes führten die Kulo gezwungen wurden. Und für diese „Entscheidendheit“ erhielten die deutschen Arbeiter ein Hundstiel der Streikbrüche oder 4 bis 8 Prozent „Lohnabkürzung“, die durch die gestiegenen Preise Streikbrüche und durch Leistungssteigerung um das Doppelte überholt sind. Gewerkschaft, dein Name ist Verrat, und die KPD, ist dein Zuhälter.

## Wirtschaft

### Die Arbeitslosigkeit steigt

In Berlin um 11 500 in einer Woche.  
In der Woche bis zum 18. Dezember hat die Zahl der Berliner Arbeitslosen um weitere 11 447 zugenommen. Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes Groß-Berlin waren 260 454 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen 249 007 der Vorwoche. Darunter befanden sich 163 445 männliche und 97 009 (92 480) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 109 154 (107 197) männliche und 60 524 (58 866) weibliche, insgesamt 169 678 (166 063) Personen. Außerdem wurden noch 36 506 (39 873) Personen durch die Erwerbslosigkeit der Stadtbevölkerung unterstützt, und 8376 (8639) Personen bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Von der Krisenfürsorge wurden 3874 männliche und 2342 weibliche, insgesamt 6216 Personen erlöst. Die Zahl der zu re-